

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 0319/2007

Abteilung: Finanzen, Immobilien

Bearbeiter/in: Herr Pfadt, Peter

Haushaltswirksamkeit: ☐ nein ☒ ja, bei Hhst. **siehe Nachtragspläne**

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Hauptausschuss	26.06.2007	nicht öffentlich	empfehlende Beschlussfassung
Stadtrat	05.07.2007	öffentlich	endgültige Beschlussfassung

Betreff: 1. Nachtragshaushaltssatzungen 2007 mit den Nachtragsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzungen mit den Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung.

Begründung:

Die Haushaltssatzungen 2007 der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung wurden am 14.12.2006 vom Stadtrat beschlossen.

Haushalt der Stadt

Der Verwaltungshaushalt wies bei Einnahmen von 94 156 913 € und Ausgaben von 138 906 082 € einen Fehlbedarf von 44 749 169 € aus.

Der Vermögenshaushalt war mit Einnahmen und Ausgaben von 8 514 420 € ausgeglichen.

Die ADD hat die Haushaltssatzung am 08.01.2007 hinsichtlich der Gesamtbeträge der Kredite der Stadt in Höhe von 2 332 360 € und der EBS -Betriebszweig Abwassereinrichtung- in Höhe von 5 000 000 € genehmigt.

Es wurde u. a. gefordert, von den der Stadt im laufenden Haushaltsjahr zufließenden und nicht zweckgebundenen Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens (Gr. 34) in Höhe von 1 800 T€ 50 % an den Verwaltungshaushalt zuzuführen.

Der Teil des Ansatzes im Nachtragshaushalt bei Gr. 34, der nicht zweckgebunden ist, beträgt 360 000 €. Es handelt sich hierbei um den Ansatz bei HHSt.

8800.200.3400

-Verkauf von Grundstücken und Gebäuden- in Höhe von 360 000 €.

Entsprechend der Forderung der ADD wurden hiervon 50 % = 180 000 € bei HHSt. 9100.900.9000 als Zuführung zum Verwaltungshaushalt veranschlagt.

Verwaltungshaushalt

Die Einnahmen erhöhen sich von bisher	94 156 913 €
um	<u>3 446 242 €</u>
auf	97 603 155 €.

Die Ausgaben erhöhen sich von	138 906 082 €
um	<u>2 575 750 €</u>
auf	141 481 832 €.

Hierdurch verringert sich der bisherige Fehlbedarf von	44 749 169 €
um	<u>870 492 €</u>
auf	43 878 677 €.

Verbesserungen ergeben sich in folgenden Einzelplänen (Epl.):

Epl. 1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	69 690 €
---	----------

Epl. 4 Soziale Sicherung	945 797 €
--------------------------	-----------

Epl. 8 Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen	45 750 €
--	----------

Epl. 9 Allgemeine Finanzwirtschaft	<u>609 890 €</u>
------------------------------------	------------------

Verbesserungen insgesamt:	1 671 127 €.
----------------------------------	---------------------

Die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Haupthaushalt, die per Saldo zu der Verbesserung von rd. 870 T€ geführt haben, sind in den Einzelplänen 4 und 9 veranschlagt.

Demgegenüber stehen im Wesentlichen Verschlechterungen in den Einzelplänen 5 -Gesundheit, Sport, Erholung- von rd. 230 T€ und 6 -Bau- und Wohnungswesen, Verkehr- von rd. 252 T€.

Unter Berücksichtigung aller Verschlechterungen errechnet sich hieraus die o. g. **Gesamtverbesserung von 870 492 €.**

Für den **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** sieht die regionalisierte Steuerschätzung für 2007 eine Erhöhung von 7,5 % gegenüber dem Vorjahresergebnis von rd. 14,3 Mio. € vor. Rein rechnerisch ergäbe sich hierdurch ein Aufkommen von rd. 15,4 Mio. €. Da das Steueraufkommen jedoch von einigen Unsicherheitsfaktoren abhängt, haben wir den Ansatz von 14,25 Mio. € im Nachtrag beibehalten.

Bei der **Gewerbesteuerumlage** wurde der Vervielfältiger von 74 v. H. auf 73 v. H. abgesenkt. Dies wurde im Nachtrag mit einer entsprechenden Reduzierung des Ansatzes von 4 685 000 € auf 4 621 550 € berücksichtigt.

Die Mehreinnahmen bei den **Schlüsselzuweisungen** von 619 T€ sind auf die Erhöhung der Grundbeträge bei der Schlüsselzuweisung B 2 zurückzuführen. Dies ist auch darin begründet, dass die Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichsstock entfallen sind und dem Grundbetrag der Schlüsselzuweisung B 2 hinzugerechnet wurden.

Wie der o. g. Aufstellung zu entnehmen ist, übersteigt die Verbesserung des Verwaltungshaushalts von rd. 870 T€ die erhöhte Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt von rd. 231 T€ um rd. 640 T€. Dies ist insbesondere auf die Verbesserung im Einzelplan 4 durch die Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (KdU) von 29,1 % auf 41,2 % zurückzuführen.

Vermögenshaushalt

Die Einnahmen und Ausgaben des Haupthaushalts	8 514 420 €
in Höhe von	
steigen im Nachtragshaushalt um	<u>1 172 930 €</u>
auf	9 687 350 €.

Eine wichtige Maßnahme ist der veranschlagte Grundstückstausch zwischen Stadt und Bürgerhospitalstiftung für das bisher als Altenheim genutzte Grundstück, auf welchem der Neubau der Klosterschule errichtet wird (1 370 T€). Dieser ist jedoch haushaltsneutral und wird im Haushalt durchgebucht, erhöht somit nur das Haushaltsvolumen (Beschluss des Stadtrats vom 01.03.2007).

Außerdem wurde die in der Sitzung des Stadtrats vom 24.05.2007 beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 335,5 T€ veranschlagt. Diese konnten nur dadurch finanziert werden, dass einige andere Maßnahmen zurückgestellt wurden.

Hinsichtlich der Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt wird auf die Ausführungen auf Seite 1 verwiesen.

Der Gesamtbetrag der Kredite und die Verpflichtungsermächtigungen (VE) verändern sich gegenüber dem Haupthaushalt nicht.

Bürgerhospitalstiftung

Verwaltungshaushalt

Einnahmen und Ausgaben verringern sich von bisher	4 275 160 €
um	<u>- 924 860 €</u>
auf	3 350 300 €.

Zu erwähnen ist der Wegfall der Erstattungen der Abschreibungen im Bereich altes/neues Altenheim in Höhe von rd. 363 T€ und der hiermit korrespondierenden Sonderzuführung der Abschreibungen an den Vermögenshaushalt in gleicher Höhe. Die Zuführung zum Betrieb des Altenheims (Restabwicklung 2006) vermindert sich um rd. 329 T€. Im Bereich des neuen Altenheims reduzieren sich die Arbeitnehmerentgelte um 430 T€ und die Personalkostenerstattung der Ev. Diakonissenanstalt um 265 T€, gleichzeitig erhöhen sich die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer um rd. 244 T€. Im Bereich heimverbundene Wohnungen reduzieren sich die Mieterträge für die Anwesen Mausbergweg 15 und 17 um rd. 364 T€, da die Mieten von der GEWO erhoben und erst in 2008 abgerechnet werden. Dem entsprechend entfällt für 2007 die Erstattung von Instandsetzungs- und Verwaltungskosten von 172 T€ an die GEWO.

Vermögenshaushalt

Einnahmen und Ausgaben erhöhen sich von bisher
um
auf

1 603 180 €
958 370 €
2 561 550 €.

Waisenhausstiftung

Verwaltungshaushalt

Einnahmen und Ausgaben erhöhen sich von bisher
um
auf

700 910 €
32 660 €
733 570 €.

Vermögenshaushalt

Einnahmen und Ausgaben erhöhen sich von bisher
um
auf

354 980 €
22 990 €
377 970 €.

Sonstiges

Für die Kolbstiftung und die Stiftung der Stadt Speyer für Kunst und Kultur ist die Erstellung eines Nachtragshaushalts nicht erforderlich.

Wir bitten um Beschlussfassung.

Speyer, 04.06.2007
Stadtverwaltung

Werner Schineller
Oberbürgermeister